

<https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/altersvorsorge-skandinaviens-rentenmodell-ist-ueberlegen/22971432.html?ticket=ST-642099-1hMF027Yb2Tf3L7VysZq-ap4>

ALTERSVORSORGE

# „Skandinaviens Rentenmodell ist überlegen“

Interview von Sven Böll

29. August 2018



Die Rentensysteme in Deutschland und Österreich sind unterschiedlich - Vor- und Nachteile gibt es bei beiden.  
Bild: imago

**Der österreichische Forscher Bernd Marin über Unterschiede zwischen der Rente in seiner Heimat und in Deutschland – und bessere Vorbilder.**

„Autorisierte, umfangreichere, vom in der WirtschaftsWoche erschienenen Interview abweichende Manuskriptfassung“

**Herr Marin, in Österreich bekommen Ruheständler im Durchschnitt fast 60 Prozent mehr Rente als in Deutschland. Was kann Ihr Land, was wir nicht können?**

Wieviel mehr genau Rentner in Österreich bekommen hängt von der Berechnungsweise ab. Jedenfalls geben wir auch um 37 Prozent mehr für die Rente aus als Deutschland und um 59 Prozent mehr als die OECD-Länder im Durchschnitt – so viel wie kaum ein Land in der EU, außer Griechenland, Italien und Frankreich. Laut OECD sind es in Österreich mehr als 13,8 Prozent der Wirtschaftsleistung, in Deutschland 10,1 Prozent, im OECD-Mittel 8,7 Prozent.

**Das heißt: Um auf das österreichische Niveau zu gelangen, müsste die Bundesrepublik rund 100 Milliarden Euro pro Jahr mehr ausgeben. Bekämen wir dafür auch entsprechend bessere Leistungen?**

Das ist fraglich. Österreich hat die höchsten Ausgaben, aber bei Weitem nicht die besten Leistungen. Das gilt von der Lebenspensionssumme bis zur Armutsfestigkeit. Ein Beispiel: Weil es bei uns keine Grundsicherung gibt und vor allem Hunderttausende Frauen keine eigenen Ansprüche erarbeitet haben, liegt die Armutsrate unter Rentnerinnen und Rentnern im prosperierenden Sozialstaat Österreich bei fast neun Prozent – das ist zwar besser als Deutschland, aber schlechter als im krisenhaften Griechenland und in 15 anderen Ländern.

**Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rente liegt in Österreich bei 22,8 Prozent – deutlich mehr als die 18,6 Prozent in Deutschland. Wirkt sich das nicht negativ auf die Beschäftigung aus, zumal Arbeitgeber deutlich mehr zahlen müssen als Arbeitnehmer?**

Der reale, nämlich implizite Beitragssatz ist sogar noch weitaus höher, weil wir viele steuerfinanzierte Leistungen haben: Er liegt bei rund 32 Prozent. Das schafft natürlich große Probleme. Deshalb sind weitere Reformen unumgänglich. Es gibt drei mögliche Stellgrößen: Man könnte, rein theoretisch, die Beiträge erhöhen oder den Bundeszuschuss aus dem Haushalt weiter steigern oder die Leistungsansprüche reduzieren – oder das Rentenalter erhöhen bzw. den Zuwachs der Bezugsdauer beschränken. Für höhere Beiträge und mehr Steuergeld gibt es angesichts der schon bestehenden Belastungen allerdings praktisch und politisch keinerlei Spielräume mehr, die Steuer- und Abgabenschraube dreht bereits völlig leer. Deshalb wird wohl das Versorgungs-niveau weiter sinken oder, um das zu verschleiern, werden die Anspruchsvoraussetzungen weiter verschärft werden – so wie es längst passiert.

**Aber es ist trotzdem noch immer deutlich höher als in Deutschland.**

Ja, insbesondere bei der Dauer des Rentenbezugs und der Höhe zu Beginn der Rente stimmt das auf jeden Fall. Bei uns wird aber jedes Jahr nur die Inflation ausgeglichen. In der Bundesrepublik richten sich die Erhöhungen dagegen nach der Lohnentwicklung. Eine Frau aus der Mittelschicht bezieht bei uns im Durchschnitt bereits über 32 Jahre Rente. Über einen so langen Zeitraum schmilzt dann der Vorsprung gegenüber Deutschland.

## **Seit 2005 müssen in Österreich auch Selbstständige und Freiberufler in die Rentenversicherung einzahlen. Sollte Deutschland diesen Schritt ebenfalls machen?**

Unbedingt. Eine Sozialversicherung kann nicht funktionieren, wenn bestimmte Gruppen von der Versicherungspflicht ausgenommen sind. In Deutschland können sich so Millionen Menschen der gesetzlichen Rente entziehen – häufig sind das Gutverdiener.

## **Welche Rolle spielt die Zuwanderung?**

Die im Vergleich zu Deutschland deutlich höhere Zuwanderung stabilisiert unser Rentensystem. Allein kann sie die Probleme aber nicht lösen.

## **Welchen Beitrag kann sie konkret leisten?**

Es gibt für Österreich Berechnungen zur sog. Replacement Migration (übrigens von Prof. Heinz Fassmann, dem derzeitigen Bildungsminister und früherem Integrationsberater von Bundeskanzler Kurz): Wenn wir weiterhin die Zuwanderungsrate der vergangenen 50 Jahre hätten, würde sich die Einwohnerzahl stabilisieren. Wenn wir die Zahl der Erwerbsfähigen konstant halten wollten, müsste sich die Nettozuwanderung bereits verdoppeln. Und wenn wir das Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Rentnern stabilisieren wollten, bräuchten wir bis zu rund 225.00000 Zuwanderer pro Jahr – genauer: bis 2020 fünfmal und dann bis 2030 zehnmals so viel Nettoimmigration wie heute. Das kann ganz offensichtlich nicht funktionieren.

## **Was schlagen Sie als Lösung vor?**

An einer Anpassung des gesetzlichen Rentenalters führt kein Weg vorbei. Das skandinavische Modell ist insgesamt überlegen und das was ich Lifetime Indexing nenne, also eine automatische Berücksichtigung der Lebenserwartungsgewinne und der Altersinflation für die Rentenformel und vor allem auch das gesetzliche Antritts- oder Referenzalter ist m.E. unverzichtbar.

Es kommt nur darauf, wie das genau gemacht wird, hier unterscheiden sich die nordischen Länder auch untereinander. Dabei sollte und brauchte man nicht so weit gehen wie etwa in Dänemark. Dort ist bis zum Ende des 21. Jahrhunderts eine konstante Ruhestandsdauer von maximal 15 Jahren Rentenbezug einseitig und strikt festgeschrieben. Das bedeutet, dass die ab Juli 2018 Geborenen erst im Jahr 2095 mit 77 Jahren in den Ruhestand gehen können, Millennial Berufsanfänger mit 75, heute 35-Jährige mit 73.

Bei steigender Lebenserwartung müssen die Dänen entsprechend nur noch länger arbeiten. In Schweden dagegen sind es bloß zwei Drittel der gesamten Lebenszeitzuwächse, während ein Drittel der Langlebigkeitsgewinne zusätzliche bezahlte Freizeit sind. In Österreich wird, aus Scheu vor einer unpopulären Rente mit 67, im Gegensatz dazu das umgekehrte Extrem kultiviert, nämlich alle derzeit 80 bis 109 Tage Lebenszeitverlängerung jährlich als zusätzliche Freizeit zu

konsumieren, was natürlich nicht nachhaltig ist und langfristig groteske Konsequenzen jahrzehntelangen Rentenbezugs hat. Insgesamt scheint eine gute Balance zwischen Zeit, Geld und anderen Sozialrechten besser zu sein. Es ist doch wohl vorteilhafter, eine verlässlich hohe und gesicherte Rente über die Dauer etwa eines knappen Vierteljahrhunderts zu bekommen als eine schäbige und ständig unsichere für überlange Perioden darüber hinaus.

PDF WirtschaftsWoche Nr. 36, 31.08.2018, S. 30

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.